

sind hier nicht nur die vorgeführten Anwendungsbeispiele vereinzelt schon eingeführter Formate für bürgerbezogene Informationsvermittlung, Mitmachaktivierung oder Entscheidungsbeteiligung, sondern vor allem auch die Hinweise auf mögliche Schwachstellen bzw. Unklarheiten wie Verzerrung im Hinblick auf die Teilnehmerschaft, Ernsthaftigkeit der Einbringung oder Fragen der neutralen, eingängigen Designgestaltung.

Mit der operativen Perspektive (3. Teil) wird sodann die Rolle des Staates im und für das Internet frontal angesteuert. Während *Wolf J. Schünemann* zunächst den etabliert national ausgerichteten Regulierungsansatz skizziert, der durch die eigentlich nur designtechnische Anfangsentscheidung im Domain-Name-System entstand, von der Sache her aber an Bedeutung verlieren dürfte, und *Andreas Busch* die sich daraus ergebenden regulativen Herausforderungen für den Staat untersucht, fokussieren dies *Myriam Dunn Cavelty* und *Florian J. Egloff* auf „Cybersecurity“ und nehmen damit ein zunehmend wichtiges Feld der internen wie externen Sicherheitspolitik ins Visier. Dabei werden nicht nur die hier auftauchenden Aufgabengebiete und Rollenkonflikte herausgearbeitet, sondern auch Entwicklungen aufgezeigt und notwendige Strategieentscheidungen angemahnt.

Übergreifend reflektiert am Ende *Martin Warnke* die eigentlich grenzenlose räumliche Entfaltungsdimension des Internets und bringt damit die gegebenen spezifischen Schwierigkeiten bzw. Grenzvorgaben aller Steuerungswünsche auf den Punkt, die auch in den Vorbeiträgen schon immer wieder aufschienen.

Insgesamt nimmt der Band alle denkbaren Aspekte des Spannungsverhältnisses von Staat und Internet in den Blick und erörtert die aufgeworfenen Fragen ausführlich und kompetent. Das geschieht auch durchweg gut lesbar und verständlich. Allenfalls würde man sich vielleicht noch ein wenig mehr Konkretion wünschen.

Edzard Schmidt-Jortzig

Das Ende der Demokratie: anregende, aber auch etwas ratlos machende Gedanken zu ihrem allmählichen Verschwinden

Runciman, David: So endet die Demokratie, Campus Verlag, Frankfurt am Main / New York 2020, 230 Seiten, € 19,95.

David Runciman ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Cambridge, mit einem Schwerpunkt in Politischer Theorie, der mit einigen einschlägigen Aufsätzen zur politischen Repräsentation hervorgetreten ist. Als Autor für den Guardian und die London Review of Books sowie als Moderator des Podcast „Talking Politics“ hat er sich in der britischen Öffentlichkeit einen Namen gemacht. Ein kurzer Blick in seine wichtigsten Werke zeigt, dass er ein produktiver und origineller Geist ist: „Pluralism and the Personality of the State“ (1997), „The Politics of Good Intentions: History, Fear, and Hypocrisy in the New World Order“ (2006), „Representation“ (2008, zusammen mit *Mónica Brito Vieira*), „Political Hypocrisy: The Mask of Power, from Hobbes to Orwell and Beyond“ (2008), „The Confidence Trap. A History of Democracy in Crisis from World War I to the Present“ (2013) und „Politics. Ideas in Profile“ (2014). Das hier zu besprechende Buch erschien im englischsprachigen Original unter dem Titel „How Democracy Ends“ bereits im Jahr 2018 und ist von *Andrew Rawnsley* im Guardian als „vor Geist sprühende, wenn auch etwas düstere Abhand-

lung“ gelobt worden. Im Rezensions-Blog der London School of Economics hat *Sean Kippin* den Essay als „äußerst gedankenvolles“ und „exzellentes Buch“ vorgestellt. Und *John Gray* schwang sich im *New Statesman* zu der Formulierung auf: „Dies ist sicher eines der brillantesten und intelligentesten Bücher über Politik, die seit vielen Jahren publiziert wurden.“

Angesichts solcher Vorschusslorbeeren müssen die hohen Erwartungen zwangsläufig etwas enttäuscht werden. Ohne Zweifel vermag der Autor sehr anregend, elegant und frei von politikwissenschaftlichem Jargon zu formulieren. Auch die Wahl seines Aufhängers – die Einführung von *Donald J. Trump* ins Präsidentenamt der USA am 20. Januar 2017 – und seine methodische Herangehensweise an das Thema überzeugen. In *Trumps* Amtsantritt sieht *Runciman* zwar nicht das Ende der US-Demokratie, aber doch ihre Krise, die ihm jedoch mehr wie ein schlechter Witz oder „die Karikatur des Faschismus“ (S. 15) vorkommt. Immerhin gibt ihm *Trumps* „absurdes Theater“ (S. 25) Anlass, darüber nachzudenken, wie die Demokratie enden könnte – die US-amerikanische, die im Mittelpunkt seiner Ausführungen steht, wie auch jede andere. Seine Studie ist also nicht nur demokratietheoretisch informiert, sondern auch historisch und systematisch vergleichend angelegt. Dieser wohlthuend weite Horizont gibt *Runciman* die Zuversicht, sich aus der Fixierung auf die 1930er Jahre lösen zu können. Die Vergangenheit wird sich seiner gut begründeten Überzeugung nach nicht wiederholen; es stehe also nicht das plötzliche Ende der Demokratie und die Wiederkehr des Faschismus bevor, sondern etwas Anderes.

Wie dieses Andere aussehen könnte, aber aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aussehen wird, zeigt uns *Runciman* in den ersten drei Kapiteln seines Buches, die – in ansteigender Wahrscheinlichkeit – den Putsch, die Katastrophe und die technologische Übernahme als mögliches Ende der Demokratie abhandeln. Am unwahrscheinlichsten sei ein klassischer Militärputsch, wie ihn Griechenland am 21. April 1967 oder auf den Tag genau sechs Jahre zuvor Frankreichs V. Republik in Algerien erlebt haben. Staatsstriche mag es in anderen Regionen der Welt geben, aber kaum noch in den etablierten, westlichen Demokratien. Wenn es hier Putsche gäbe, dann wären sie versteckter oder schleichender Art – nach *Nancy Bermeos* Begriffen zeitlich befristete Coups, die eine schnelle Rückkehr zur Demokratie versprechen, exekutive Machtausweitungen oder strategische Wahlmanipulationen.

Wahrscheinlicher als der Putsch sind *Runciman* zufolge Klimakatastrophen, atomare Unfälle, Zusammenbrüche globaler Netzwerke oder Pandemien, die im Zentrum des zweiten Kapitels stehen. Es wird vor dem Hintergrund der aktuellen Coronavirus-Pandemie besonders aufmerksame Leser finden. Immerhin vermag der Autor, der von dieser Katastrophe noch nichts wissen konnte, uns präventiv zu trösten. Zwar vertrage sich, so *Runciman*, die Demokratie schlecht mit der zur Katastrophenbekämpfung notwendigen Herrschaft der Experten, aber irgendwie – siehe Finanzkrise, Euro- und Griechenlandrettungskrise – wurstele sie sich durch. Und sollte einmal eine Katastrophe wirklich die menschliche Existenz bedrohen, dann dürfte die Demokratie zwar an ihr Ende gelangen, die Menschen hätten aber andere Sorgen, als ihr Ableben zu beklagen.

Kapitel drei ist mindestens so aktuell wie das vorangegangene: Die technologische Übernahme bezeichnet zudem für *Runciman* die wahrscheinlichste Form einer politischen Transformation der Demokratie zur Diktatur. Hier ist die Welt von Big Data angesprochen – Amazon, Apple, Facebook, Google, Twitter. „Fake News“ und das Mikrotargeting von Wählern seien nur die sichtbarsten Zeichen der politischen Manipulation. Gefährlicher dürften die unbewussten Anreize sein, die soziale Medien setzen, um das Denken, Fühlen und Handeln ihrer Nutzer in bestimmte Bahnen zu lenken. Obwohl der US-amerikanische

Staat die Möglichkeit hätte, einen Konzern wie Facebook zu zerschlagen, ist für *Runciman* ein *Mark Zuckerberg* dennoch gefährlicher als US-Präsident *Trump*, weil soziale Medien uns zu Sklaven unserer eigenen Bequemlichkeit machten. *Zuckerberg* sei so mächtig, weil er seinen Kunden das Gefühl vermittele, „dass sie nirgendwohin wechseln können“ (S. 130). Facebook mache seine Kunden zu Abhängigen, Süchtigen, die sich einer totalen Gemeinschaft hingäben und darüber ihre bürgerlichen Tugenden, ohne die eine repräsentative Demokratie nicht funktionieren könne, verlören.

Im vierten Kapitel des Hauptteils erörtert *Runciman* schließlich die Frage, ob *Winston Churchill* sich möglicherweise nicht doch geirrt hat, als er die Demokratie als „die schlechteste aller Regierungsformen“ bezeichnete – „bis auf all die anderen Formen, die von Zeit zu Zeit probiert wurden“ (S. 162). Drei potenziell bessere Alternativen zur Demokratie nimmt *Runciman* dabei in den Blick: ein pragmatischer Autoritarismus nach dem Modell Chinas, die Epistokratie oder Herrschaft der Wissenden in der Tradition *Platons* und die libertäre Technologie. Während die beiden ersten Varianten trotz ihrer partiellen Vorzüge einen Vergleich mit der Demokratie, sei sie auch noch so ermattet, nicht standhielten, enthalte die dritte Option „alle erdenklichen potenziellen Zukunftsformen: Einige sind wunderbar, manche erschreckend und die meisten völlig unabsehbar“ (S. 196).

Runcimans Pointe – die einen mögen sie originell finden, die anderen vielleicht etwas mutlos – ist also: Es gibt gar kein Ende der Demokratie. Paradox formuliert: Die westliche Demokratie endet, indem sie nicht aufhört zu enden. Sie verschwindet nicht mit einem Knall, sondern in einem langen, schleichenden Prozess – vergleichbar der Zeitspanne, die bei einem Menschen zwischen seiner Midlife-Crisis und seiner Demenz liegt. Einige leidlich gute Jahrzehnte dürften also nach Einschätzung des Autors noch bleiben. Wahrscheinlich ist im gegenwärtigen historischen Moment keine kraftvollere Verteidigung der Demokratie möglich – zumindest nicht für einen lakonischen, humorigen Skeptiker wie *Runciman*.

Patrick Horst

MITTEILUNG

***Kristina Spohr* erhält Preis „Das politikwissenschaftliche Buch“ 2020**

Die Deutsche Gesellschaft für Politikwissenschaft (DGfP) und die Stiftung Wissenschaft und Demokratie (SWuD) vergeben den mit 2.000 Euro dotierten Preis „Das politikwissenschaftliche Buch“ für das Jahr 2020 an *Kristina Spohr* für ihr Werk „Wendzeit: Die Neuordnung der Welt nach 1989“, erschienen 2019 bei der Deutschen Verlags-Anstalt. Mit der erstmaligen Vergabe dieses Preises wird ein Buch gewürdigt, das sich mit dem epochalen Umbruch der Weltpolitik, den Systemwechselprozessen und den großen Linien der politischen Entwicklung seit 1989 analytisch auseinandersetzt. Die Buchpreis-Jury der DGfP hat diesen Titel aus 18 Einreichungen ausgewählt. Die Preisverleihung erfolgt im Rahmen einer gesonderten Veranstaltung, die im Herbst 2020 stattfinden wird.

Für journalistische Nachfragen wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden der DGfP: Prof. Dr. Florian Grotz, c/o Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insb. Vergleichende Regierungslehre, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel.: 040-6541 2954, E-Mail: grotz@hsu-hh.de